

Dokumentation der Landesweiten Konferenz 2016

amfn_{e.V.}

Niedersachsen–Weiter gedacht.



Dokumentation der Landesweiten Konferenz von amfn e.V. am
16. November 2016 in Hannover
(Vorgetragene Vorträge)



INHALTSVERZEICHNIS

ERÖFFNUNG

EINFÜHRUNG IN DIE THEMATIK

BRAUCHT NIEDERSACHSEN EIN MIGRATIONS- UND TEILHABE GESETZT?

ISLAM UND DEMOKRATIE- EIN WIDERSPRUCH?

DIE ROLLE DES ISLAM IM ZUSAMMENHANG MIT GESELLSCHAFTLICHER

TEILHABE UND POLITISCHER PARTIZIPATION IN DEUTSCHLAND

WECHSELWIRKUNG ZWISCHEN RASSISMUS UND INTEGRATION

PODIUMSDISKUSSION: NIEDERSACHSEN-WEITER GEDACHT AUSGEWÄHLTE

THEMEN

EINBLICKE.....



ERÖFFNUNG

Habib Eslami
amfn e.V. Geschäftsführer

ERÖFFNUNGSREDE 26.11.2016

Sehr geehrte Damen und Herren,

Ich grüße Sie sehr herzlich und wünsche Ihnen einen sehr schönen
Guten Morgen!

Ich grüße sehr herzlich die Mitglieder des Nds. Landtages,

Frau König, Frau Polat, Herr Dr. Pantazis, Herr Onay

Dr. Heuer und Herr Lotse aus dem Nds. Ministerium für Soziales,
Gesundheit und Gleichstellung,

Dr. Tan von der Staatskanzlei

Vertreterinnen und Vertreter von Migrantinnen und
Migrantenorganisationen.

Ich möchte Sie im Namen von amfn herzlich willkommen heißen!

Ich bin sehr froh darüber, dass wir kompetente Referenten für unsere
Konferenz gewinnen konnten.

Ich begrüße auch sehr herzlich unsere Referenten, Prof. Dr.
Khorchide und Prof. Dr. Uslucan so wie Herrn Günter Piening



Weiterhin heiße ich die Moderatorin unserer Podiumsrunde Frau Hanna Legatis, eine erfahrene Journalistin und Schauspielerin, sehr herzlich willkommen!

Sehr geehrte Damen und Herren,

Unsere Gesellschaft befindet sich zurzeit, gesellschaftspolitisch gesehen, in einem sehr kritischen Zustand:

Im Zuge der Weltflüchtlingsbewegung und im Zuge der Zuwanderung nach Europa unter anderem nach Deutschland hat sich unsere Gesellschaft sehr stark polarisiert.

auf der einen Seite erleben wir eine enorme Solidarität mit den Flüchtlingen: Tausende von Ehrenamtlichen, Initiativen, Migrantenorganisationen, Menschenrechtsgruppen und viele mehr, haben sich dafür eingesetzt und tun es aktuell weiterhin, dass die Flüchtlinge menschenwürdig behandelt, betreut und untergebracht werden

Auf der anderen Seite nutzen und nutzen die rechten Kräfte die Zuwanderungs - und Flüchtlingsthematik aus, um sich zu organisieren und ihre rassistischen und menschenverachtenden Ideologien in ganz Europa, also auch in Deutschland zu verbreiten: Einige Beispiele:

- *Montagsdemonstrationen, die Ausdruck einer demokratischen Bewegung zur Deutschen Einheit waren, werden für fremdenfeindliche Agitationen ausgenutzt*
- *Neue Gruppierungen: Pegida, AfD, Bürgerbewegungen, Identitäre Bewegung Deutschland, usw. sind entstanden,*



In „Einem“ Punkt sind sich alle Rechten Parteien und Gruppierungen einig:

- *Der Islam bedroht unser Land und unser Leben.*
- *Der Islam bringt Terrorismus nach Europa unter anderem nach Deutschland.*

Was jedoch gefährlich ist an dieser Polarisierung: (Es gab immer solche Rechten Gruppierungen). Sie haben es nicht geschafft, eine gesellschaftliche Basis für sich zu schaffen! Dieses Mal ist es aber anders:

Den Rechten Kräften gelang es, einen großen Teil der „Unzufriedenen“ in unserem Land zu mobilisieren: zum Beispiel bei Landtagswahlen oder auch den Nds. Kommunalwahlen

Die Demokratischen Parteien haben es hingegen leider nicht geschafft diesen politischen Rechtsruck in unserer Gesellschaft zu verhindern.

Es geht uns, sehr geehrte Damen und Herren, nicht um „Schulduzuweisung“, sondern um gesellschaftspolitische Verantwortung:

Die Politik hat eine Verantwortung, und
Wir auch.

Den Rechtsruck aufzuhalten und die Demokratie zu stärken, ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe,
Wir sind alle aufgefordert unsere Demokratie gegen Gefahren von außen und von innen zu schützen.

Dokumentation der Landesweiten Konferenz 2016



Terrorismus und Rassismus dürfen unsere Freiheit und Demokratie nicht gefährden!!!!

Ich wünsche uns eine erfolgreiche Konferenz und in diesem Sinne:

- *Herzlich willkommen*

Dr. Anwar Hadeed
amfn e.V Geschäftsführer

Sehr geehrte Damen und Herrn,

Liebe Freundinnen, Liebe Freunde

Seit unserer letzten Landesweiten Konferenz vor einem Jahr hat sich die öffentliche Stimmung in Europa und Deutschland rasant verändert.

Wir erleben einen dramatisch nach Rechtsaußen rutschenden

politischen Diskurs. Der politische Richtungskampf tobt nicht mehr zwischen links und rechts, sondern zwischen Demokraten und Populisten, den Verteidigern der Grundwerte und denen, die sie infrage stellen.

Seit Trumps Wahlsieg läuft die Suche nach den Ursachen auf Hochtouren. Donald Trump ist nicht erfolgreich, obwohl er, sondern weil er ein Rassist ist. Rassismus ist eine Ideologie und verfolgt ein Gesellschaftsbild, das mit demokratischen Grundsätzen nicht zu vereinen ist.

Auf Rassismus reagieren immer zuerst jene Gruppen empfindlich, die davon betroffen sind. Es erfüllt uns mit tiefer Sorge, dass sich das gesellschaftliche Klima auch in Deutschland, ja in vielen Ländern

Europas, rapide verschlechtert: Gewalt greift um sich. Das Gewaltmonopol des Staates wird zunehmend in Frage gestellt. Wir sehen auch, dass eine Mehrheit der deutschen Bevölkerung diese Entwicklung ablehnt, aber zu viele schweigen noch.

Wir alle, mit und ohne Einwanderungsgeschichte sollen gemeinsam Verantwortung für die Zukunft Deutschlands und Niedersachsens übernehmen. Gemeinsam sollen wir die Ideen von Freiheit, Gleichheit und allgemeiner Menschenwürde verteidigen und nicht erlauben, dass Lügen und Hasspredigten die Grundlagen der demokratischen politischen Auseinandersetzungen zerstören.

Sehr geehrte Damen und Herrn,

Der Wahlsieg von Donald Trump lehrt uns vieles über die Macht des Ressentiments. Und er ist damit nicht als einziger erfolgreich.

Was genau wird und muss sich als Reaktion auf Trumps Wahlsieg in Deutschland und Niedersachsen verändern? Mit dieser Frage sollten wir die Politik nerven und damit fangen wir schon heute Nachmittag in der Podiumsdiskussion an.

Aber auch vonseiten der Migrantinnen und Migranten und ihre Organisationen ist mehr Einmischung notwendig. Wir müssen unseren bequemen Sessel der Opferrolle verlassen und uns an der

Zukunftsgestaltung Niedersachsens aktiv beteiligen. Wir sind aufgefordert, als Akteure im politischen Gemeinwesen zu agieren, d.h.

Verantwortung innerhalb der Gemeinschaft zu übernehmen und aktiv an den politischen und gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen mitzuwirken.

Gerade jetzt ist die Beteiligung der Migrantinnen und Migranten ein wesentlicher Einflussfaktor für die Herstellung einer gemeinsamen zivilen und demokratischen Identität. Einer Identität der inklusiv ist: Deutscher kann nicht nur sein, wer von deutschen Eltern abstammt, Sondern Deutschsein ist auch mit unterschiedlichen Herkunftsn vereinbar.

Sehr geehrte Damen und Herren,

In Deutschland ist die Idee einer Einheit von Kultur, Nation, Volk und Staat, also einer ethnisch homogenen Gesellschaft, bei aller realen ethnischen Vielfalt so fundamental, dass sie jeder gegensätzlichen Wahrnehmung standhält.

Bade spricht in diesem Zusammenhang von einer „defensiven Erkenntnisverweigerung“. Die Fiktion eines ethnisch homogenen

deutschen Nationalstaates hat sich nach der deutschen Einheit noch verstärkt. Dieses Nationalstaats-Denken wirkte sich nachhaltig auf die Integrationspolitik aus. „Der emotional hoch aufgeladene politische Widerstand gegen die Umwandlung Deutschlands von einem bloßen Zuwanderungsland in ein Einwanderungsland hat seine ideologische Grundlage im überkommenen völkischen Staats- und Kulturverständnis.“

In der Polemik gegen einen Einwanderungsgesellschaft äußert sich die von einer Entfremdungsangst geprägte Sehnsucht nach einer kulturellen nationalen Homogenität, die allerdings in Deutschland, nicht zuletzt, aufgrund seiner konfessionellen Spaltung nie existierte und die es erst recht nicht in der heutigen deutschen Gesellschaft geben kann.

Das Modell der Ausgrenzung hat dazu geführt, dass viele Migranten in Deutschland kollektive Identitäten beibehalten haben, die sich auf die nationalen und ethnischen Kategorien ihrer Herkunftsländer gründen. Diese Identifikationen nützen damit den herkunftsbezogenen Organisationen, die – wie der deutsche Staat – die Migranten weiterhin als Bürger ihrer Herkunftsländer betrachten.

Sehr geehrte Damen und Herren,

Was wir brauchen, ist mehr gesellschaftlichen Zusammenhalt mehr Qualität des gemeinschaftlichen Miteinanders in unserem Gemeinwesen in Niedersachsen.

Moderne Gesellschaften beruhen nicht auf Solidarität, die aus Ähnlichkeit erwächst, sondern auf Solidarität, die auf Verschiedenheit und gegenseitiger Abhängigkeit fußt. Das haben auch Teile der Politik verstanden. Der Bundespräsident spricht von der „Einheit der Verschiedenen“.

Ich gehe - wie er - von einem Ansatz aus, der den Zusammenhalt gerade nicht mit Homogenität gleichsetzt – sei es mit Blick auf Wohlstandsverteilung, religiös-ethnische Zusammensetzung der

Bevölkerung oder Werte. Ein solcher Homogenitätsansatz ist ein veraltetes Konzept, das in die Lebenswirklichkeit nicht mehr gibt. Gesellschaftlichen Zusammenhalt kann es in heutigen Gesellschaften nur dann geben, wenn es gelingt, mit Diversität konstruktiv umzugehen.

Dieses Konzept des konstruktiven Umgangs mit Diversität beinhaltet gleichzeitig, dass der Zusammenhalt der Mehrheit nicht auf Kosten der Ausgrenzung von Minderheiten erzielt werden darf.

Welche Voraussetzungen für das Gelingen der Einwanderungsgesellschaft brauchen wir?

Der Wandel zu einer heterogenen Struktur muss politisch gewollt sein. Und dies wird in die Bevölkerung deutlich und nachhaltig kommuniziert. Die ganze Gesellschaft muss mitgenommen werden.

Schritt: Akzeptanz. Es gilt zu akzeptieren:

- *Zuwanderung ist eine Realität und kein Ausnahmezustand, auch historisch betrachtet!*
- *Zuwanderung bietet ein Entwicklungspotenzial.*
- *Zu- und Abwanderung sind Phänomene, die diese Gesellschaft massiv prägen.*

1. Schritt: Ein gemeinsames Grundverständnis, dass sich die Vielfalt in Niedersachsen auf Basis des Grundgesetzes zu einer Einheit formieren und dies als Leitbild kommuniziert und in die Gesellschaft hineingetragen werden soll und der von allen Bevölkerungsgruppen gleichermaßen akzeptiert wird.

2. Schritt: Chancengleichheit für alle Bürgerinnen und Bürger

Das Ziel ist es weiterhin, dass Strukturen und Institutionen und Politik sich an die Migrationsrealität anpassen, damit alle Bürgerinnen und Bürger Chancengleichheit hinsichtlich Bildung, kultureller Teilhabe, sozialer und politischer Teilhabe Arbeitsmarkt, gesellschaftlichen Reichtum haben.

3. Vorgehen

- *Bestandsaufnahme der Ist-Situation*
- *Schlussfolgerungen müssen politisch umgesetzt werden. Geld muss zur Verfügung stehen.*
- *Veränderungen müssen umgesetzt werden.*
- *Die Teile der Mehrheitsbevölkerung, die aus dem Fokus geraten sind, die kulturell nicht mit der neuen Identität des Landes Schritt halten können, müssen ebenfalls integriert werden. Es geht um ihre RE-Integration in die Prämissen unserer Rechtsordnung, in ein zutreffendes Geschichts-, Kultur- und Normenverständnis.*
- *Ich möchte heute noch einmal mit meiner vollsten Überzeugung betonen, dass wir - amfn - als Landesweite Dachorganisation*

der Migranten Vereine und Netzwerke in Niedersachsen, uns als Teil eines gemeinsamen Niedersachsen verstehen. Wir werden all jenen vehement entgegentreten, die unsere selbstverständliche



Zugehörigkeit zu Niedersachsen und unseren Teilhabeanspruch infrage stellen.

- *Kein „Wir ohne uns“. Für ein „Wir der Verschiedenen“ in einem gemeinsamen Niedersachsen.*

Ich wünsche Ihnen, uns allen eine interessante Tagung

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Dokumentation des Folienvortrages von
Günter Piening, 2003 bis 2012 Integrationsbeauftragter des Berliner Senats:

Braucht auch Niedersachsen ein Teilhabegesetz?

Wichtige Funktionen von Partizipationsgesetzen • Nachhaltige Sicherung von Erreichtem • Leitbildfunktion (Chancengleichheit, Zugehörigkeit, gemeinsame Basis stärken) • Regelungsbereich 1: Interkulturelle Öffnung • Regelungsbereich 2: Stärkung von Institutionen zur Teilhabeförderung (Beauftragte, Beiräte, Ausschüsse usw.) • Regelungsbereich 3: Anpassung anderer Gesetze an die Erfordernisse der Einwanderungsgesellschaft 3 / 15	Deutschland hat akzeptiert, dass es ein Einwanderungsland ist. Der Integrationsbegriff wird zunehmend durch den Teilhabebegriff ersetzt, Fehlentwicklungen werden als Folge ungenügenden Funktionierens staatlicher Institutionen gesehen und nicht als Folge mangelnden Integrationswillens der Einwander*innen. Gut so! Partizipationsgesetze, wie es sie derzeit in Berlin und NRW gibt, normieren dieses Leitbild. Sie machen die Interkulturelle Öffnung der Verwaltung als Voraussetzung für Chancengleichheit verbindlich und stellen Institutionen zur Förderung von Teilhabe auf eine gesetzliche Grundlage. Sie ergänzen, aber ersetzen nicht Regelungen in den Fachpolitiken.
Wegmarken der Integrationspolitik (am Beispiel Berlin) • 2003: Landesbeirat für Migration und Integration • 2005: 1. Berliner Integrationskonzept • 2006: Azubi-Kampagne „Berlin braucht Dich“ • 2007: 2. Berliner Integrationskonzept – Integrationsmonitoring, Benchmarking • 2009: Initiative des Landesbeirates für ein Partizipationsgesetz • Ende 2010: Verabschiedung des Gesetzes 4 / 15	Das Berliner Partizipations- und Integrationsgesetz (PartIntG) baut auf den Erfolgen in den Jahren zuvor auf. Wichtige Meilensteine waren: - die Gründung des Landesbeirats, in dem Staatssekretär*innen und MSOs die Integrationspolitik diskutieren – ein Lernprozess für beide Seiten - Das Integrationskonzept legt „Chancengleichheit“ als Ziel der Berliner Integrationspolitik fest und entwickelt überprüfbare Instrumente, um die Zielerreichung zu überprüfen. - Seit 2006 ist die Erhöhung des Anteils von Menschen mit Migrationshintergrund erklärtes Ziel des Berliner Senats. Die Personalchefs wurden sensibilisiert, Instrumente zur Erfassung und Förderung entwickelt.
PartIntG Berlin: Kernbereich § 1: Leitbild: Teilhabe und Chancengleichheit § 2: Definitionen § 3: Geltungsbereich: Verwaltung, Körperschaften, Landesgesellschaften § 4: Interkulturelle Öffnung/Erhöhung des Anteils der Beschäftigten mit MH § 5: Landesintegrationsbeauftragte/r § 6: Bezirkliche Beauftragte § 7: Landesbeirat für Integration und Migration 5 / 15	Das PartIntG war eine Initiative der MSO und wurde gemeinsam mit deren Vertretungen erarbeitet. Dadurch wurden unterschiedliche Sichtweisen frühzeitig thematisiert. Konflikte gab es insbesondere um: - die Abkehr vom „Fordern und Fördern“ und ein klares Bekenntnis zur Verantwortung staatlicher Institutionen für gelingenden Inklusionsprozesse in § 1 - die Einigung auf die Kategorie „Menschen mit Migrationshintergrund“ als <u>statistische</u> Größe zur Erfassung struktureller Benachteiligung (§ 2) - die Bedeutung der Personalpolitik für die Interkulturelle Öffnung (§ 4) - die gesetzliche Normierung von Institutionen direkter und indirekter Teilhabe

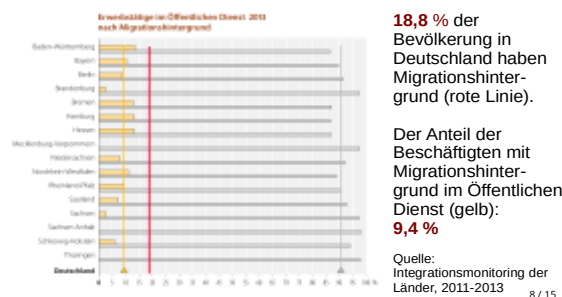
§ 4 Gleichberechtigte Teilhabe und Interkulturelle Öffnung

(1) Alle Einrichtungen im Geltungsbereich dieses Gesetzes haben die Aufgabe, im eigenen Zuständigkeitsbereich für gleichberechtigte Teilhabe und interkulturelle Öffnung zu sorgen. Sie berücksichtigen dabei die Vielschichtigkeit der Einwanderungsgesellschaft und richten ihre Aufgabenwahrnehmung bedarfs- und zielgruppengerecht aus.

6 / 15

Mit dem Gesetz nimmt der Öffentliche Dienst seine Vorbildfunktion wahr: Interkulturelle Öffnung und gleichberechtigte Teilhabe wird als Leitbild der Berliner Verwaltung normiert. Staatliches Handeln geht von der Heterogenität der Gesellschaft aus. Nur so kann der Öffentliche Dienst in einer Einwanderungsgesellschaft seiner Funktion gerecht werden.

Teilhabe am Öffentlichen Dienst in den Ländern



8 / 15

Das PartIntG setzt einen Schwerpunkt auf die Erhöhung des Anteils der Beschäftigten mit Migrationshintergrund im Öffentlichen Dienst. Eine solche Erhöhung ist aus drei Gründen notwendig:

1. Vielfalt im Öffentlichen Dienst erhöht dessen Funktionstüchtigkeit im Umgang mit heterogenen Kundengruppen.
2. Teilhabe an der Ressource „Öffentlicher Dienst“ bedeutet auch mehr Chancengleichheit.
3. Der Öffentliche Dienst hat eine Repräsentationsfunktion, d.h. soll die Zusammensetzung der Gesellschaft spiegeln.

§ 4: Zielvorgabe statt Quote

(4) Der Senat strebt die Erhöhung des Anteils der Beschäftigten mit Migrationshintergrund entsprechend ihrem Anteil an der Bevölkerung an.(...)

(5) Der Senat legt Zielvorgaben zur Erhöhung des Anteils der Beschäftigten mit Migrationshintergrund und Maßnahmen zur interkulturellen Öffnung fest. Eine Überprüfung der Zielerreichung erfolgt über ein einheitliches Benchmarking.

9 / 15

Das Gesetz setzt sehr ambitionierte Zielmarken. Angesichts der Ist-Situation ist klar, dass die Umsetzung ein langer Prozess wird. Darum sind Verfahren der Zielkontrolle z.B. durch Benchmarks notwendig.

Die Umsetzung von § 4, Abs. 5 wirft technische und datenschutzrechtliche Fragen auf: Wie kann der Anteil erfasst werden? Welche Maßnahmen zur Erhöhung gibt es?

Eine Arbeitsgruppe u.a. mit dem Berliner Datenschutzbeauftragten, Personalchefs und Statistikern hat Verfahren skizziert und erklärt, dass hier keine unüberwindbaren Hindernisse vorliegen.

Erweiterte Teilhabe auf kommunaler Ebene

Einrichtung von Integrationsausschüssen in den Bezirken mit bis zu 49% stimmberechtigten Bürgerdeputierten.

„Auch Personen, die nicht Deutsche im Sinne des Artikels 116 Absatz 1 des Grundgesetzes sind, können Bürgerdeputierte werden“.

10 / 15

Die Berliner Bezirke entsprechen den Kommunen in den Flächenländern. Das PartIntG führt in den Bezirken Integrationsausschüsse ein, in denen erstmals Menschen auch ohne deutsche Staatsbürgerschaft stimmberechtigt sind. So werden auch ohne kommunales Wahlrecht – das weiterhin angestrebt wird – die Mitbestimmungsmöglichkeiten erweitert. Die Integrationsausschüsse können bei allen Fragen, die das Leben der Menschen mit Migrationshintergrund betreffen, mitreden – also überall.

Was das Berliner Gesetz nicht anpackt

- Förderpläne, weitere Maßnahmen des „Affirmative Action“
- Verordnungen zur Umsetzung Benchmarking
- Budgetfragen
- Aufenthaltsrechtliche Regelungen, Staatsbürgerschaft

11 / 15

Das Berliner PartIntG musste in einem sehr kurzen Zeitraum erstellt werden. Weitergehende Regelungen sollten in der folgenden Legislaturperiode erfolgen. Das betrifft insbesondere:

- die Klärung der Frage, mit welchen Fördermaßnahmen die Umsetzung des § 4 erreicht werden kann. Hierbei ist zu beachten, dass die Verfassung allen Maßnahmen mit dem Ziel der „Bevorzugung“ von Gruppen enge Grenzen setzt.
- die Umsetzung der Zielvorgaben in die Personalpraxis
- Möglichkeiten einer gerechteren Verteilung der finanziellen Ressourcen z.B. durch Förderpolitik
- aufenthaltsrechtliche Fragen, da diese in die Bundeszuständigkeit fallen.

Umsetzung und Wirkungen des Gesetzes

- Normierung: Integrationspolitik als Gleichstellungspolitik gesetzlich verankert
- Leitlinien für die Verwaltungsreform:
 - IKÖ - Kampagne, neue Weiterbildungsmodule
 - Reflexion und Änderung der Einstellungspraxis
 - weitergehende Impulse für Ministerien und Fachverwaltungen
- Repräsentation: Parlamentarisches Stimmrecht ohne Staatsbürgerschaft eingeführt
- Identifikation: Stärkung Zugehörigkeitsgefühl MSOs

12 / 15

Trotz aller Einschränkungen zeigt das PartIntG auf der Leitbildebene und der konkreten Verwaltungspraxis Wirkungen. So hat die Leitlinie zur Interkulturellen Öffnung im Öffentlichen Dienst vielfältige Maßnahmen ausgelöst und dauerhaft festgeschrieben.

Gesamtgesellschaftlich hat es die Einsicht in die Notwendigkeit von Teilhabe und die dafür nötigen Instrumente verbreitet. Für das Zugehörigkeitsgefühl der MSOs war die Beteiligung an der Erarbeitung des Gesetzes ein wichtiger Schritt.

Dennoch blieb das Gesetz umstritten; für die Gegner zeigt es in die falsche Richtung, weil es keine Maßnahmen gegen vermeintlich „integrationsunwillige Einwanderer“ thematisiert. Für Andere ist es unpräzise und symbolhaft.

Grundlegende Vorbehalte – und was dazu zu sagen ist

- „Pille - Palle“
- „Bewirkt nichts, reine Symbolpolitik“
- „Nicht verfassungskonforme Bevorzugung von Menschen mit Migrationshintergrund“
- „Es gibt neue, wichtigere Probleme.“

14 / 15

Einige Anmerkungen zu den Kritiken:

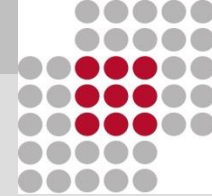
- Der Ausdruck „Pille - Palle“ – Nebensächlichkeit – ähnelt stark dem „Gedöns“, mit dem Altkanzler Schröder Gleichstellungspolitik verunglimpfte. Es gibt zu denken, dass zwei Gesetze mit ähnlicher Zielsetzung – mehr Chancengleichheit – abgewertet werden.
- Handelt es sich um eine Bevorzugung, wenn strukturell benachteiligte Menschen gleichgestellt(er) werden?
- Das Gesetz hat viel Symbolhaftes - und das ist gut so! Gerade in Zeiten, in denen Symbole der Spaltung, der Ausgrenzung die öffentliche Diskussion beherrschen, ist ein Gesetz mit einer gegenläufigen, Teilhabe und Zusammengehörigkeit betonenden, Symbolwirkung wichtig.

Braucht Niedersachsen ein Partizipationsgesetz?

15 / 15

Braucht also Niedersachsen ein Partizipationsgesetz?

Wenn Niedersachsen – wer immer das sein mag - der Ansicht ist, dass es so weiter geht wie bisher und unsere Gesellschaft auf Dauer damit leben kann, dass ein wachsender Teil der Bevölkerung von Teilhabe ausgeschlossen ist, dann wohl nicht. Wenn Niedersachsen aber der Ansicht ist, dass diese Ausgrenzung schädlich ist für eine demokratische, friedliche Entwicklung des Gemeinwesens, dann kann ein Partizipationsgesetz ein Baustein sein, Veränderungsprozesse zu befördern und verbindlich zu machen



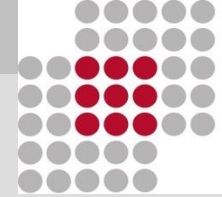
Rassismus und Integration

Psychologische Erklärungen

Vortrag in Hannover am 26.11.2016

Prof. Dr. Haci-Halil Uslucan
Wissenschaftlicher Leiter des
Zentrums für Türkeistudien und Integrationsforschung

Professor für Moderne Türkeistudien an der
Universität Duisburg-Essen; Fakultät für Geisteswissenschaften



Vortragsgliederung

- 1. Einführung: Stereotypen, Vorurteile, Rassismus**
- 2. Prävalenz**
- 3. Erklärungen**
- 4. Wirkungen**
- 5. Möglichkeiten der Änderung**

Zitate zum deutschen Türkenbild

Erasmus von Rotterdam (1466–1536)

»Wenn es uns gelingen soll, uns aus dem türkischen Würgegriff zu befreien, müssen wir, bevor wir die abscheuliche Türkenrasse vernichten, aus unserem Herzen Geiz, Ehrgeiz, Habsucht, gutes Gewissen, Sinn für Ausschweifungen, Wollust, Falschheit und Begierde verbannen« (zur Zeit der Türkenkriege und der Reformation).

Martin Luther (1483–1546)

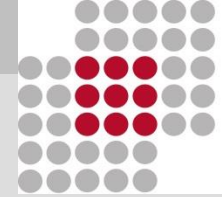
»Wenn ihr nu wider den Türcken zihet, so seid ja gewis und zweivelt nicht daran, das ir nicht wider fleisch und blut, das ist wider Menschen streitet, sondern seid gewis, das ir wider Teuffel streitet« (aus dem Text »Wider den Türcken« aus dem Jahre 1539).

Aus einer siebenbürgischen Flugschrift von 1661: »Der Türck ist kommen auff die ban / ach hört wie er thut hausen lässt niderseblen Weib und Mann / schrecklicher weiß viel tausend, spisst, pfält die Menschen groß und klein / solt das nicht zu erbarmen sein wem solt nicht darob grausen« (gegen die militärische Bedrohung durch die Osmanen).

Karl May (1843–1912)

»Der Türke war ein zwar rauher, aber wackerer Nomade, ein ehrlicher, gutmütiger Geselle.«

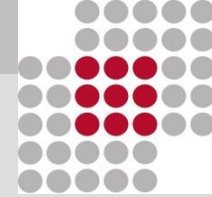
»Es lagen ihm Tausende zu Füßen, er konnte in Gold und Perlen wühlen, aber er aß nach wie vor trockenen Schafskäse zu hartem Haferbrot, denn das gab ein festes Knochengerüst und eiserne Muskeln« (aus dem Roman »Von Bagdad nach Stambul«).



Affektive Komponente:
Vorurteile

Kognitive Komponente:
Stereotyp

Verhaltenskomponente:
Diskriminierung



Ethnie
Religion
Geschlecht
Schicht
Sexuelle Orientierung
Nationalität
Lebensweisen/Ideologien
Berufsgruppen etc.

Beachten Sie die allgemeine Stabilität sowie Veränderungen dieser Stereotype.

Gruppe	1933	1951	1969
Amerikaner	fleißig intelligent materialistisch ehrgeizig fortschrittlich	materialistisch intelligent fleißig vergnügungssüchtig individualistisch	materialistisch ehrgeizig vergnügungssüchtig fleißig konventionell
Japaner	intelligent fleißig fortschrittlich scharfsinnig schlau	nachahmend schlau extrem nationalistisch hinterhältig	fleißig ehrgeizig tüchtig intelligent fortschrittlich
Juden	scharfsinnig gewinnsüchtig fleißig habgierig intelligent	scharfsinnig intelligent fleißig gewinnsüchtig ehrgeizig	ehrgeizig materialistisch intelligent fleißig scharfsinnig
Schwarze (Afro- Amerikaner)	abergläubisch faul unbekümmert ignorant musikalisch	abergläubisch musikalisch faul ignorant vergnügungssüchtig	musikalisch unbekümmert faul vergnügungssüchtig prahlerisch

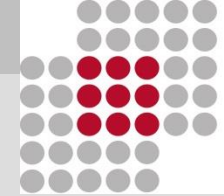
Nach Gilbert (1951); Karlins, Coffman & Walters (1969); Katz & Braly (1933).

Tabelle 13.1: Einige gemeinsame Stereotype, die Studenten von Princeton über die Jahre hinweg aufrechterhielten.

Quelle: Aronson et al., 2004, S. 495

- Herr Z: Der Ärger mit den Juden ist, dass sie sich nur um ihre eigene Gruppe kümmern.
- Herr Y: Aber der Bericht der Community-Chest-Kampagne zeigt, dass sie sich, im Verhältnis zu ihrer Anzahl, bei der allgemeinen Wohltätigkeit der Gemeinde großzügiger erweisen als Nichtjuden.
- Herr Z: Das zeigt doch, dass sie immer versuchen, sich Vorteile zu kaufen und sich in christliche Angelegenheiten zu mischen. Sie denken nur an Geld, darum sind so viele Juden Bankleute.
- Herr Y: Aber eine Studie hat kürzlich gezeigt, dass der Prozentsatz von Juden im Bankgeschäft vernachlässigenswert ist, viel kleiner als der Prozentsatz von Nichtjuden.
- Herr Z: Das ist es ja gerade, sie gehen keinen angesehenen Berufen nach; sie sind nur im Filmgeschäft oder führen Nacht-Clubs.

Quelle: Aronson et al., 2004, S. 494



- Häufige Stereotype: „leidenschaftliche“ Italiener, „pünktliche, fleißige“ Deutsche, „lebenslustige, heitere“ Franzosen etc.
- Wie viele Beobachtungen von leidenschaftslosen Italienern, faulen Deutschen und traurigen Franzosen müssten erfolgen, um das Stereotyp zu widerlegen?

Problem:

- Stereotype selten als „Allaussagen“ formuliert, deshalb nicht durch die Beobachtung eines Gegenbeispiels falsifizierbar (Nicht alle Deutschen, aber die meisten....)
 - Die Außenkriterien sind selten exakt formuliert und operationalisierbar;
 - Deshalb: auch das Nichtzutreffen kann als Ausnahme neutralisiert werden
- ↓
- Geringer Druck, das Stereotyp zu ändern

Zentrale Funktion von rassistischen Einstellungen und Diskriminierung:

- Ideologie der Ungleichwertigkeit
- Eigengruppenbevorzugung selbstwertstabilisierend; Zugehörigkeit zu einer „überlegenen Gruppe“

Auch bei trivialer Gruppenbildung (nach Münzwurf)

- Eigengruppe 2 \$, wenn Fremdgruppe 1 \$;
- Statt: Eigengruppe 3 \$, wenn Fremdgruppe 4 \$ (Aronson et al., S. 492)

II. Prävalenz rassistischer Einstellungen

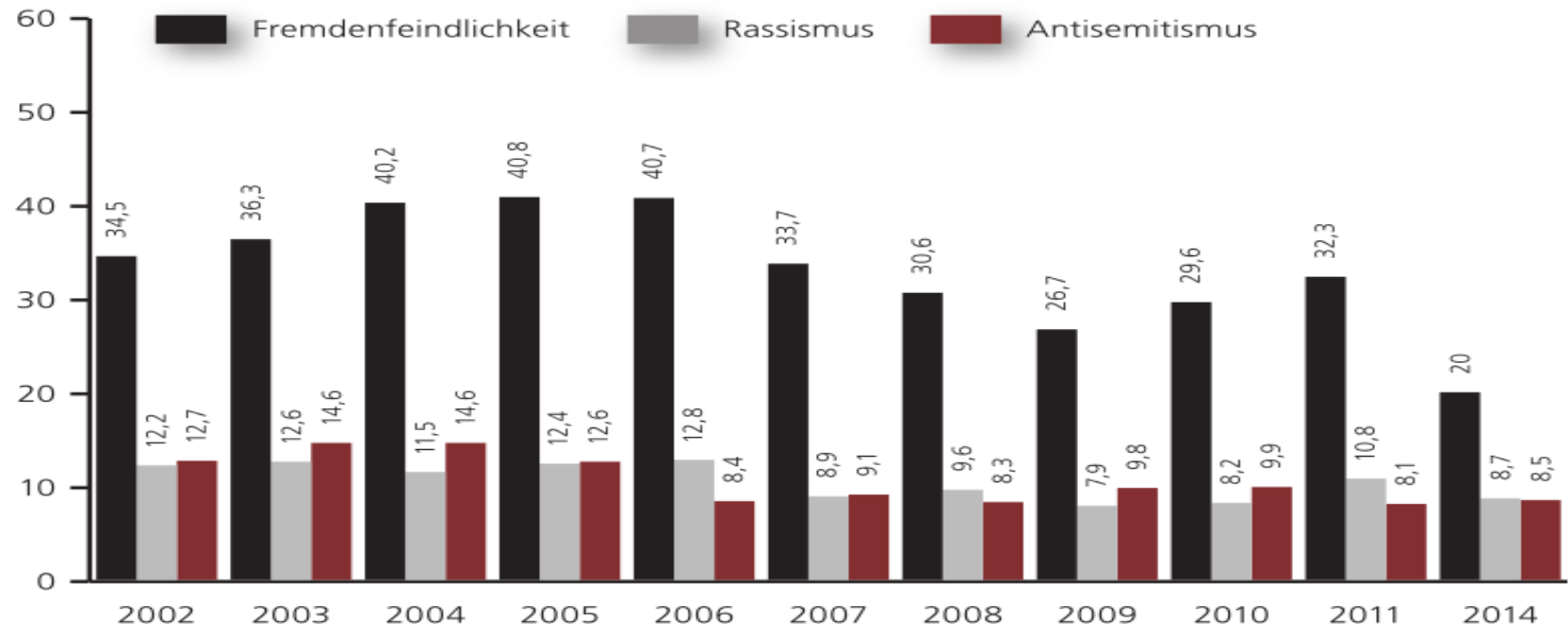
Zustimmungen und Ablehnungen von Aussagen zur Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit im Jahr 2014 (Angaben in Prozent)				
Ich stimme ...	... überhaupt nicht zu	... eher nicht zu	... eher zu	... voll und ganz zu
Durch die vielen Muslime hier fühle ich mich manchmal wie ein Fremder im eigenen Land.	44,3	24,2	15,7	15,8
Muslimen sollte die Zuwanderung nach Deutschland untersagt werden.	58,4	23,4	10,9	7,3
Es leben zu viele Ausländer in Deutschland.	36,5	26,4	20,2	16,9
Quelle: Andreas Zick. Anna Klein. <i>Fragile Mitte</i> –. Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2014. URL: http://www.fes-gegen-rechtsextremismus.de/pdf_14/FragileMitte-FeindseligeZustaende.pdf				

Zustimmung zu den Facetten Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in Deutschland und differenziert nach Ost- und West 2014 (Angaben in Prozent)			
	Gesamt (n = 1.915)	West (n = 1.483)	Ost (n = 385)
Rassismus	8,7	8,1	11,0
Fremdenfeindlichkeit	20,0	18,2	26,9
Antisemitismus	8,5	7,8	11,6
Abwertung asylsuchender Menschen	44,3	42,4	52,8
Abwertung von Sinti und Roma	26,6	24,5	35,1
Islamfeindlichkeit	17,5	16,0	23,5
Quelle: Andreas Zick, Anna Klein, <i>Fragile Mitte</i> –. Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2014. URL: http://www.fes-gegen-rechtsextremismus.de/pdf_14/FragileMitte-FeindseligeZustaende.pdf			

Entwicklung Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in der Bevölkerung 2002–2014 (Angaben in Prozent)

Grafik 4.4 (a + b)

Grafik 4.4a

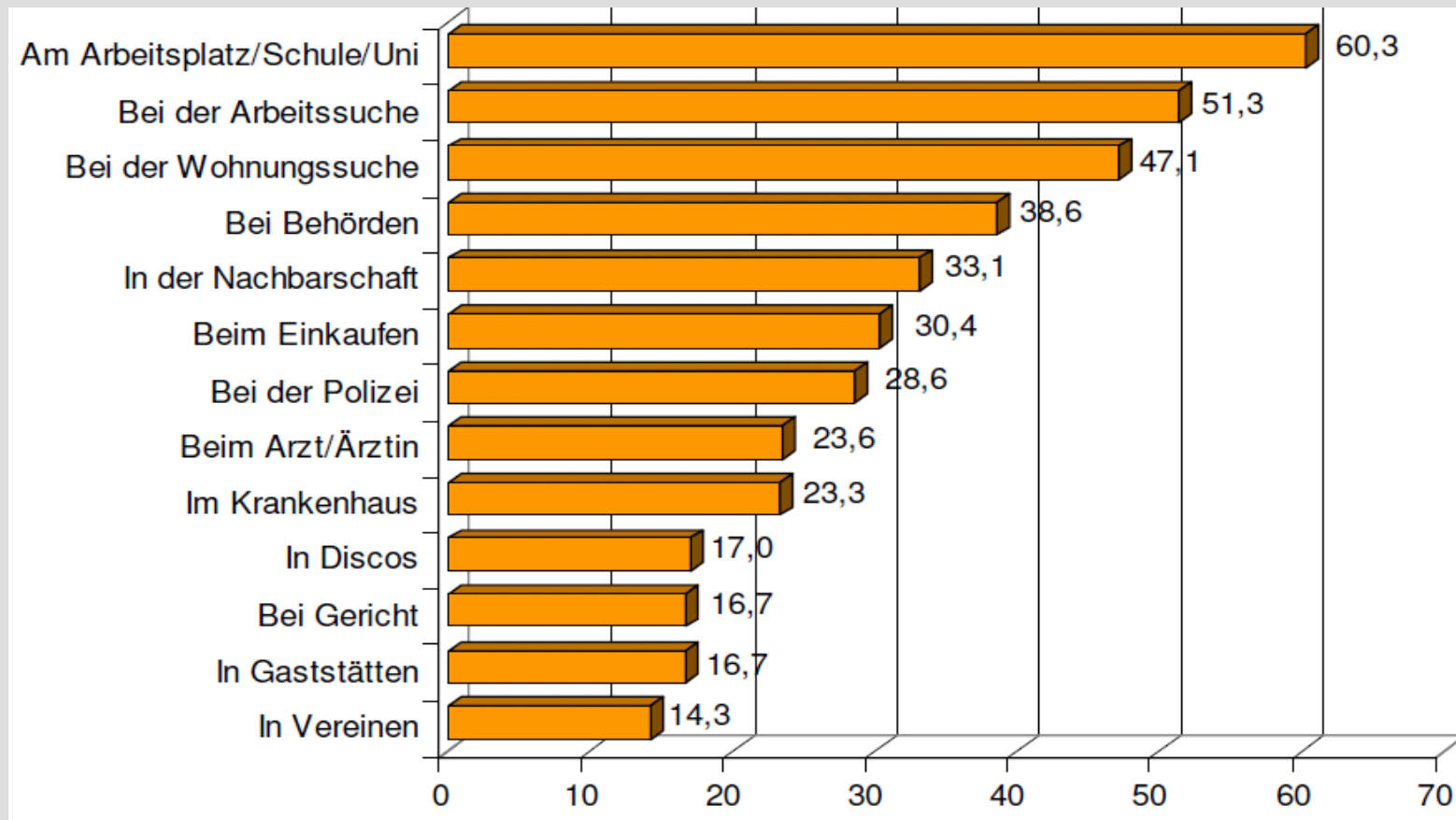


Quelle: Andreas Zick, Anna Klein, Fragile Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2014. URL: http://www.fes-gegen-rechtsextremismus.de/pdf_14/FragileMitte-FeindseligeZustaende.pdf

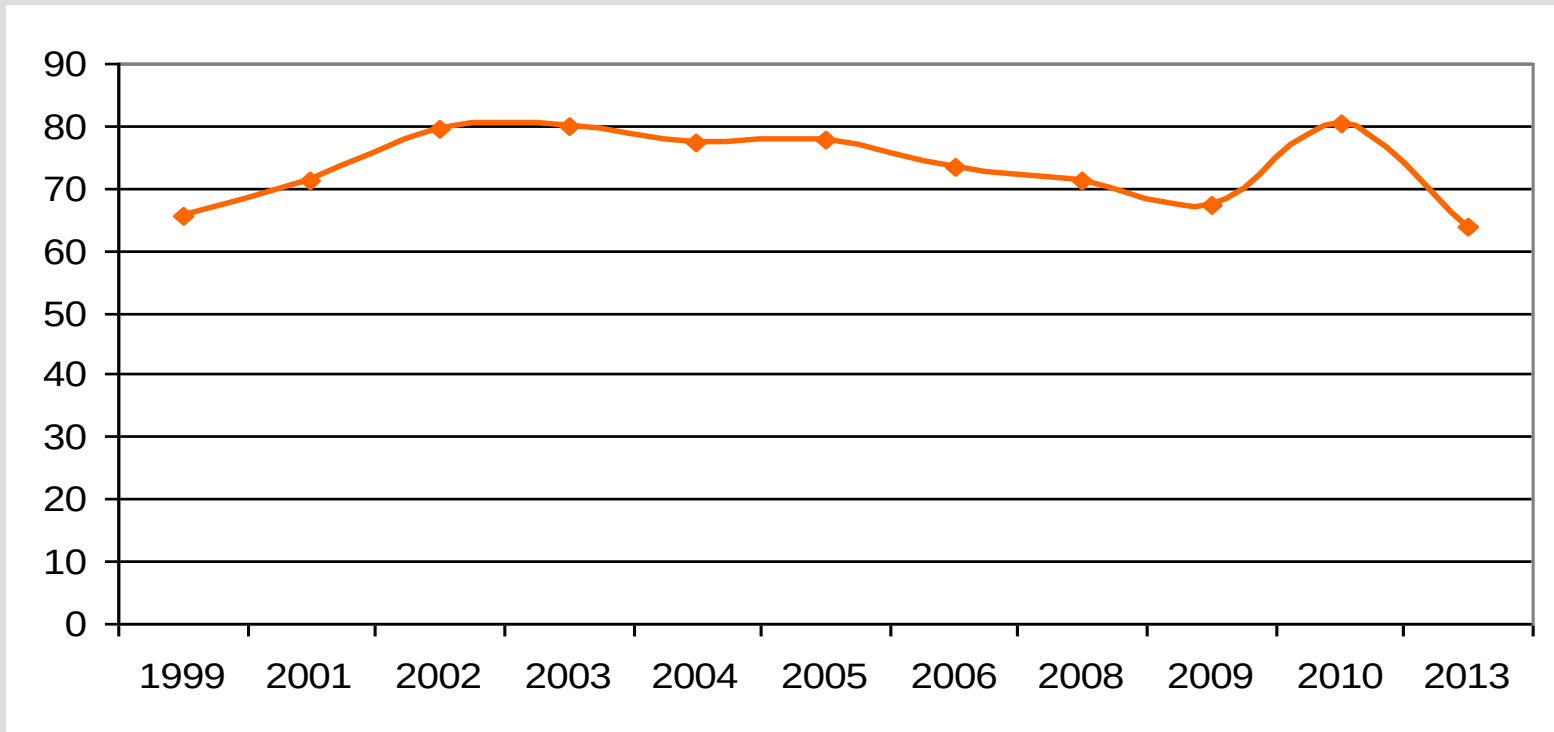
Hasskriminalität-Fremdenfeindlich			
	2001	2014	2015
fremdenfeindlich motivierte Straftaten	3548	3945	8529
davon Gewalttaten	533	554	975
Bundesministerium des Innern (2016): Übersicht „Hasskriminalität“– Entwicklung der Fallzahlen 2001 -2015. URL: http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/Nachrichten/Pressemitteilungen/2016/05/pmk-2015-hasskriminalitaet-2001-2015.pdf?__blob=publicationFile			

Angriffe auf Asyl- und Flüchtlingsunterkünfte		
	2014	2015
Straftaten	199	1031
Bundesministerium des Innern (2016). URL: http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2016/05/pks-und-pmk-2015.html?nn=3314802		

Diskriminierungserfahrungen Türkeistämmiger in verschiedenen Lebensbereichen (Prozentwerte) Mehrthemenbefragung des ZfTI inNRW, 2010



Diskriminierungserfahrungen Türkeistämmiger über die Zeit



* Die Diskriminierungswahrnehmung wurde 2011 in einem anderen Frageformat und 2012 nicht erhoben.

Reproduktionen verzerrter Bilder Typische Stereotype in Schulbüchern:

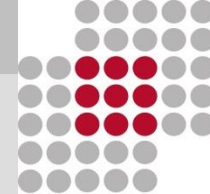
- Ursache von Migration verkürzt als lediglich Flucht und Arbeitsmigration
- Migranten als Opfer und selten als aktiv Handelnde
-
- Fokussierung auf gescheiterte Migration
- Zuwanderer als Mitglieder einer homogenen Gruppe
- Dichotomie von „Ausländern“ und „Deutschen“
- Folgen von Migration für Aufnahme - und Entsendeländern kaum angemessen thematisiert (Grabbert, 2010)

Stereotypnahe Haltungen in Schulbüchern:

- Sprache / Begrifflichkeit in seiner ausgrenzenden und gegenstandskonstituierenden Wirkung wenig berücksichtigt (“Sprache schafft Wirklichkeiten“) (Metaphern der Flut; „Zustrom“, Katastrophensemantik; naturalistische Metaphern wie bspw. „Entwurzelung“)
- Nationalstaatlich geprägte Erinnerungskultur; Geschichte und Erinnerung der „anderen“ oft ausgeblendet.
- Gegenüberstellung „gebender“, „helfender“ deutscher Staat/ vs. empfangende/bedürftige Migranten; Rolle der Zivilgesellschaft oft ausgeblendet
- Gegenüberstellung historisch erfolgreicher Migrationen (Hugenotten, Sudetendeutschen) gegenüber „gescheiterter“ Zuwanderung von „Gastarbeitern“ (Grabbert, 2010)

Stereotypnahe Haltungen in Schulbüchern:

- Diversität/Vielfalt als alltägliche Normalität kaum angemessen vermittelt
- Bsp.: Klasse debattiert, ob „multikulturelle Gesellschaft“ ein Gewinn / ein Fluch für die Gesellschaft /für Europa ist; wie sinnvoll kann das Ergebnis angesichts einer tatsächlich multikulturell zusammengesetzten Klasse sein?



Fragebogen

1 Wie viele Ausländer leben in Deutschland?

= 8 % = 17 % = 25 %

2 Woher kommen die Ausländer vor allem?

1. _____

2. _____

3. _____

3 Wie viele „gefühlte“ Ausländer leben hier?

= 10 % = 20 % = 30 %

4 Wie sieht es bei den Ausländern mit der Schule aus?

= gut = durchschnittlich = schlechter

5 Wie gut sprechen ausländische Schüler Deutsch?

= schlecht = mittel = gut

6 Was sind die beliebtesten Ausbildungsberufe bei der Berufswahl junger Ausländer?

1. _____

2. _____

3. _____

7 Sind Ausländer krimineller als Deutsche?

= ja = nein = weiß nicht

8 Sind ausländische Jugendliche gewalttätiger als Deutsche?

= ja = nein = weiß nicht

9 Woher kommen die Bräute der meisten Türken?

= Türkei = Deutschland = weiß nicht

10 Schlagen türkische Männer ihre Frauen häufiger als deutsche?

= ja = nein = weiß nicht

11 Gibt es mehr Machos unter Ausländern?

= ja = nein = weiß nicht

12 Haben Ausländer deutsche Freunde?

= ja = nein = weiß nicht

13 Wie viele Ausländer spielen in der Bundesliga?

= 32 % = 43 % = 51 %

14 Wie demokratisch sind Muslime?

= gar nicht = ein wenig = sehr

15 Wie viele Türkinnen leben in Zwangsehen?

= 25 % = 50 % = weiß nicht

16 Wie viele junge Türkinnen tragen Kopftuch?

= 10 % = 25 % = 40 %

17 Wie religiös sind Muslime in Deutschland?

= wenig = mittel = sehr

18 Gibt es in Deutschland Ghettos?

= ja = nein = weiß nicht

19 Gibt es zu viele Moscheen in Deutschland?

= ja = nein = weiß nicht

20 Kaufen Sie auch beim Türken ein?

= ja = nein = weiß nicht

21 Informieren Türken sich vor allem auf Türkisch?

= ja = nein = weiß nicht

22 Belasten Ausländer unser Sozialsystem?

= ja = nein = im Gegenteil

23 In Unternehmen von Zuwanderern wird weniger gearbeitet als in deutschen Betrieben.

= ja = nein

24 Ausländer schaffen Arbeitsplätze.

= ja = nein

Diversität in Schulbüchern

Empfehlungen:

- **Gesellschaftliche Vielfalt muss sich auch in der Redaktion und Autorenschaft der Schulbücher wiederfinden lassen**
- **Bezeichnungspraxen überdenken; verallgemeinernde und kollektivierende Begrifflichkeiten („die Türken“; „die Muslime“) vermeiden**
- **Migration/Integration/Vielfalt auch in seiner bereichernden Dimension aufzeigen**
- **Strukturelle Privilegierung der „weißen“ Mittelschicht thematisieren**
- **Diversity Education in die Lehrerausbildung verankern**

III. Erklärungen

- Soziokulturelle Ansätze
- Motivationale Ansätze
- Kognitive Ansätze

IV. Auswirkungen

Physische Auswirkungen von Vorurteilen und Stereotypen:

(Metaanalyse mit 134 Studien, Pacoe & Richman, 2009)

Stress, Bluthochdruck, Depression, Ängstlichkeit, sozialer Rückzug

Erhöhung der Vulnerabilität

Rückgang protektiver Ressourcen

Auswirkungen von Vorurteilen und Stereotypen:

Integrationsverhalten:

Erfahrung, zu den „Ausgestoßenen“ zu zählen, wird dazu führen, dass Migranten ihrerseits als „Ausgestoßene“ keinen zwingenden Grund sehen, sich zu ändern und die Normen jener anzunehmen, die sie ausgrenzen.

Eher wahrscheinlich: Durch Vorurteile wird das Risiko der Viktimisierung von abgewerteten Gruppen erhöht;

Brüß (2004): Befürwortung sozialer Dominanz bei deutschen Jugendlichen führte zu einem Anstieg an aggressiven antisozialen Aktivitäten.

Was bedeutet „*Stereotype threat*“?

Die situative Aktivierung negativer, leistungsbezogener Stereotype (z.B. Mädchen sind in Mathematik schlechter als Jungen) führt bei den von den Stereotypen betroffenen Gruppenmitgliedern tatsächlich zu Leistungseinbußen.

(vgl. Blascovich, Spencer, Quinn, & Steele, 2001; Croizet & Claire, 1998; Keller, 2007; Rahhal, Hasher, & Colcombe, 2001; Spencer & Castano, 2007; Steele & Aronson, 1995)

Was bedeutet „Stereotype threat“?

Afro-Amerikaner, die ihre Ethnizität vor der Bearbeitung eines verbalen Leistungstest angeben mussten, hatten schlechtere Testleistungen als Afro-Amerikaner, die ihre Ethnizität nicht vor der Testbearbeitung angeben mussten.

Annahme: Schon die Angabe der Ethnizität kann das negative Stereotyp, das über Afro-Amerikaner und verbale Intelligenz besteht, aktivieren (Steele & Aronson, 1995,

Was bedeutet „Stereotype threat“?

Basierend auf Befunde der Forschungen zum „Paradox of integration“ : Zweite und dritte Generation von Kindern mit Zuwanderungsgeschichte stärker betroffen, da Gleichheitsgrundsätze stärker verinnerlicht

Was bedeutet „*Stereotype threat*“?

In den letzten zwei Jahrzehnten: *Stereotype threat* Effekte in mehr als 200 Studien und in einer Vielzahl von Domänen mit einer Vielzahl an Gruppen bestätigt:

- Afro-Amerikanern und verbaler Intelligenz (z.B. Blascovich et al., 2001; Steele & Aronson, 1995),
- Frauen und Mathematik (z.B. Keller, 2002; Keller & Dauenheimer, 2003; Schmader & Johns, 2003),
- SchülerInnen mit niedrigem sozio-ökonomischen Status und Leistungen (z.B. Croizet & Claire, 1998; Spencer & Castano, 2007)
- Älteren Menschen und Gedächtnis (z.B. Levy, 1996; Rahhal et al., 2001;

Auswirkungen von Vorurteilen und Stereotypen im Bildungsbereich:

Kurzfristige Wirkung: Intellektuelle Leistungsfähigkeit

Langfristig: Verhinderung erfolgreicher Bildungsteilhabe.

Identifikation mit Bildung nimmt ab; beeinträchtigter Selbstwert wird geschützt, indem Betroffene ein Selbstkonzept entwickeln, das immun gegen Stigmatisierung aufgrund negativer schulischer Leistungen ist.

V. Abbau des Vorurteils

I. Reichhaltige und differenzierte Informationsvermittlung über die „Anderen“:

- Problem: sehr voraussetzungsreich:
 1. Kommunikation muss die Zielgruppe erreichen
 - 2. Zielgruppe muss die Information verstehen (mangelnde Vorinformation und geringe Bildung könnten Kommunikationserfolg gefährden)
 - 3. Kommunikation bzw. die Botschaft muss akzeptiert werden; d.h. nicht nur die Überzeugungskraft des Arguments, sondern auch die Glaubwürdigkeit des „Kommunikators“ (wer spricht?) relevant.

- Kontakte

- „Gesunder Menschenverstand:“ Häufige Kontakte



- Abbau des Stereotyps und des Vorurteils.

- Ist das so?
- Was meinen Sie?

Kritik

- Hypothese ignoriert die Persönlichkeit als Wurzel des Vorurteils
- Hypothese zu naiv; wenig Erfolg bei initiierten Aktivitäten

Jonas, K. (1998): Die Kontakthypothese: Abbau von Vorurteilen durch Kontakt mit Fremden. In: M. Oswald & U. Steinvorth (Hrsg.): Die offene Gesellschaft und ihre Fremden (S.129-154). Bern: Huber.

5 Randbedingungen (Cook, 1985)

- gleicher Status
- Fremdgruppe widerspricht Stereotyp
- Kontakt erfordert Kooperation zur Zielerreichung (gemeinsame Ziele)
- individueller (und tiefgehender) persönlicher Kontakt
- begünstigende soziale Normen (günstiges soziales Klima)

Induktion von Heuchelei

- **Menschen, die implizite Rassisten sind, hegen negative Gefühle gegenüber einer Minderheit; wissen aber auch, dass solche Gefühle in einer von Höflichkeit geprägten Gesellschaft nicht akzeptabel sind, zeigen sie diese Gefühle nicht offen**
- **subtile Vorurteile des impliziten Rassismus sind Heuchelei**
- **Konfrontation mit eigener Scheinheiligkeit kann zum Abbau des Rassismus führen**

Kognitive Ansätze zum Vorurteilsabbau

- Buchführungsmodell: Allmähliche Modifikation des Vorurteils
(Steter Tropfen höhlt den Stein)
- Bekehrungsmodell (Gegenbeispiele): kaum Wirkung

Fördermöglichkeiten im schulischen Kontext Jigsaw-Methode in der Schulen nach Aronson



Jigsaw: Teile, die sich zusammenfügen

- Schüler werden in Lerngruppen von sechs Personen gebracht
- Aufteilung des Unterrichtsstoffes in sechs Teile
- jeder Schüler bereitet seinen Teil vor und präsentiert diesen seinen Mitschülern in der Gruppe
- → Wegfall von Konkurrenz, stattdessen gegenseitige Abhängigkeit

Jigsaw-Methode in der Schulen nach Aronson

Im Vergleich zu traditionellen Klassen:

- **Abnahme von Vorurteilen**
- **Zunahme an Sympathie für die Gruppenkameraden, sowohl innerhalb als auch außerhalb ethnischer Begrenzungen**
- **Kinder entwickeln Fähigkeit, die Welt aus dem Blickwinkel anderer Menschen zu betrachten**
- **kooperatives Lernen in Schulen eine der wirksamsten Formen, interethnische Beziehungen zu verbessern und Empathie zu schaffen**

„Ein alter Rabbi fragte einst seine Schüler, wie man die Stunde bestimmt, in der die Nacht endet und der Tag beginnt.

Ist es, wenn man von weitem einen Hund von einem Schaf unterscheiden kann, fragte einer der Schüler.

Nein, sagte der Rabbi. Ist es, wenn man von weitem einen Dattel- von einem Feigenbaum unterscheiden kann, fragte ein anderer. Nein, sagte der Rabbi. Aber wann ist es denn, fragten die Schüler.

Es ist dann, wenn du in das Gesicht irgendeines Menschen blicken kannst und deine Schwester oder deinen Bruder siehst. Bis dahin ist die Nacht noch bei uns." (Tugendhat, 1992, S. 64f.).



Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!
Und nun Schluss, sonst...



Kontakt:

uslucan@zfti.de oder

haci.uslucan@uni-due.de

www.uslucan.de



amfn_{e.V.}



amfn_{e.V.}





amfn_{e.V.}



Podiumsdiskussion



amfn e.V.







Diese Konferenz war auch ein Abschied von Habib Eslami. Er war seit 1997 der Geschäftsführer von amfn e.V. Er sagte, wir haben viel erreicht, aber es gibt noch viel zu tun.



Dokumentation der Landesweiten Konferenz von amfn e.V.
am 26. November 2016 in Hannover
(Vorgetragene Vorträge)

Gefördert durch:



Niedersächsisches Ministerium
für Soziales, Gesundheit
und Gleichstellung

Arbeitsgemeinschaft Migrantinnen, Migranten und Flüchtlinge in
Niedersachsen e.V.

amfn e.V.

Kurt-Schumacher-Str.29

30159 Hannover